

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	28
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	218/2023
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	03.04.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Frau Haller-Kindler (OB-KB)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / th		
Betreff:	Abschlussbericht Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune 2020 bis 2022		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 22.03.2023, GRDRs 218/2023. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Frau Haller-Kindler stellt den Abschlussbericht des Aktionsplans Kinderfreundliche Kommune analog der GRDRs 2018/2023 vor, der vor rund drei Jahren im Jugendhilfeausschuss (JHA) präsentiert worden ist. Sie kündigt einen zweiten Aktionsplan an, eine haushaltsrelevante Mitteilungsvorlage, die im JHA im Juni 2023 vorgelegt werde. Der Prozess sehe vor, dass das Siegel nach erfolgreicher Umsetzung des zweiten Aktionsplanes von 2024 bis 2026, entfristet werden könne.

StRin Ciblis (90/GRÜNE) bedankt sich für den ausführlichen Bericht und lobt die Maßnahmen und die strukturelle Verankerung der Kinderrechte in der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS). Eine wichtige Aufgabe ihrerseits sei, so Frau Haller-Kindler, dass die Stadtverwaltung die Kinderrechte berücksichtigt. Der Artikel 3 der Kinderrechtskonvention, das Kindeswohlprinzip, verpflichte staatliche Stellen, bei ihrem Tun die Interessen von Kindern als vorrangig zu berücksichtigen. Im Schulverwaltungs-, Sozialamt- und Stadtplanungsamt seien Checklisten erarbeitet worden, die bei Maßnahmen die Fragen berücksichtigen, ob Kinder und Jugendliche betroffen seien, ob sie beteiligt werden müssen und ob diese Ansinnen beachtet werden.

Bezogen auf die Maßnahme 1.5, Nummer gegen Kummer, erkundigt sich StRin Ciblis, warum die Verbreitung dieser Nummer über Social Media nicht funktioniert habe. Die Kommunikationsabteilung der Stadtverwaltung könne keinen Auftrag bei TikTok mit ei-

ner Werbung für die Nummer gegen Kummer platzieren, erklärt Frau Haller-Kindler. Eine Plakataktion in den Schulen sei geplant, damit Kinder die Nummer abfotografieren können.

Eine weitere Frage von StRin Ciblis bezieht sich auf die Maßnahme 2.6, Zugang für Kinder zu Gartenanlagen der Gartenfreunde Stuttgart e. V. Diese Maßnahme interessiert auch StRin Meergans (SPD). Durch das Projekt Gartenlernbausteine können interessierte "Stücklesbesitzer*innen" ohne pädagogische Ausbildung Kindern Lernerfahrungen in ihren Gärten vermitteln, erörtert Frau Haller-Kindler.

Zu Maßnahme 1.4, Konzept für Gewaltprävention, interessiert StRin Ciblis, warum nur zwei Schulen von dem Modellvorhaben unterstützt werden. Die Schulen seien am Ende vor dem Aufwand zurückgeschreckt, ein Konzept vorzulegen, und pädagogische Tage zu entwickeln, erklärt Frau Haller-Kindler. Im neuen Aktionsplan werden Ideen mit Schulen entwickelt, wie Schulen in Bezug auf die Gewaltprävention besser unterstützt werden können.

Im weiteren Verlauf richtet StRin Ciblis eine Frage an Frau Haller-Kindler, ob sie als Kinderbeauftragte von der Verwaltung unterstützt werde und mit welchen Herausforderungen sie zu tun habe. Die Durchdringung der Struktur mit Kinderbeauftragten in den Ämtern und Bezirken sei sehr hilfreich, bemerkt Frau Haller-Kindler, da die Fachkräfte bei Maßnahmen, die die Beteiligung von Kindern oder Kinderrechte betreffen, zuständig seien.

StR Dr. Nopper (CDU) interessiert, wie die Partizipation von Kindern gelinge und was das wichtigste Ziel sei, das mittels einer haushaltsrelevanten Vorlage des Kinderbüros geplant sei. Es gebe folgende Aspekte, informiert Frau Haller-Kindler, die Maßnahmen fertig zu stellen, die noch nicht fertig seien sowie neue Themen, wie beispielsweise "Gewalt", anzugehen. Darüber hinaus sollen mit dem Gremium des Jugendrats vermehrt Jugendmaßnahmen in den neuen Aktionsplan übernommen werden. Ein weiteres Thema, welches der Jugendrat eingebracht habe, stelle die Resilienz von Jugendlichen dar; dieses Thema werde aufgegriffen.

Zur Einschätzung der Sachverständigen bemerkt StRin Meergans, es sei beruhigend zu erfahren, dass trotz der Maßnahmen, die bisher von Stuttgart noch nicht umgesetzt worden sind, die Sachverständigen davon überzeugt seien, dass die LHS die Ziele erreiche. Zur Maßnahme 3.3, Vorbereitungsklassen, Zugang zum Ganztage ermöglichen, stellt die Stadträtin eine Frage nach der Versorgung von Flüchtlingskindern. Dazu erwähnt Frau Haller-Kindler, um diesen Kindern zu begegnen, werden Kindersprechstunden in den Unterkünften eingerichtet, um die Lebensqualität von den Kindern zu verbessern. Daneben seien finanzielle Mittel den Trägern überlassen worden, um den Zugang zum Ganztage zu öffnen.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) lobt ebenfalls den Bericht und den Aktionsplan und bemerkt, viele Kinder würden von den Maßnahmen profitieren. Der Stadtrat fragt, wie beispielsweise das Referat Städtebau, Wohnen und Umwelt (SWU) die kinderfreundlichen Maßnahmen im öffentlichen Raum umsetze und ob es erforderlich sei, dass der Rat politisch nachsteuere, damit einzelne Maßnahmen gelingen. Diese Frage interessiert StRin Hübsch (PULS) ebenfalls. Bezogen auf die stadtplanerischen Prozesse erörtert die Kinderbeauftragte, Bedarfe von Kindern und

Jugendlichen, wie beispielsweise die Spielflächenbedarfe werden angemeldet, allerdings fänden sich diese nicht in den Plänen wieder.

StRin Hübsch richtet eine Bitte an die Kinderbeauftragte, den Begriff "kinderfreundliche Kommune" um die Gruppe der Jugendlichen zu erweitern. In der GRDRs für die neue Vorlage sei der Begriff kinder- und jugendfreundliche Kommune aufgenommen, informiert Frau Haller-Kindler.

Die Maßnahme 5.2, Jugendfarmen, Abenteuer- und Aktivspielplätze fördern, sieht StRin Höh (FDP) als sehr wichtig an, da dies häufig für Kinder die einzige Möglichkeit sei, Natur zu erleben. Die Verwaltung sollte sich ihrer Ansicht nach regelmäßig mit den Verband der Akis und Jufas austauschen, um eine gute Zusammenarbeit zu erzielen. Zudem werden Kooperationen mit Kitas und Schulen seitens des Dachverbands angeboten, damit Kinder Natur und Tiere erfahren können, ergänzt StRin Höh. Die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Akis und Jufas werde von dem Netzwerk "Natur erleben" aufgegriffen, erörtert Frau Haller-Kindler.

StR Ebel (AfD) weist darauf hin, dass es nicht realistisch sei, wenn Kinder in jedem Bereich (beispielsweise bei den Schulnoten oder dem Lebensort der Familie) mitbestimmen können. Kinder hätten das Recht mitzubestimmen, so Frau Haller-Kindler, wobei dieser Sachverhalt mittels des § 41a der Gemeindeordnung geregelt werde. Die Interessen der Kinder müssten ernsthaft in die Abwägungsprozesse einbezogen werden.

Herr Meier betont die Wichtigkeit des Prozesses, bei dem Kinderrechte miteinbezogen werden müssen und erkundigt sich nach den weiteren Aufgaben und Zielen der Kinderbeauftragten, gerade auch in Zusammenarbeit mit den freien Trägern. Eine Weiterentwicklung des Themas könnte darin bestehen, äußert Frau Haller-Kindler, in anderen Ausschüssen die Handlungsfelder bekannt zu machen und dadurch die Maßnahmen voranzubringen.

Im Namen der Eltern meldet sich Herr Wiese zu Wort und bittet um die Hinzunahme der Elternschaft bei dem nächsten Aktionsplan. Ebenso sollte den Eltern gegenüber die Stadt Stuttgart als kinderfreundliche Kommune dargestellt werden. Bei den Grundlagen des Aktionsplans, so Frau Haller-Kindler, seien ihrerseits Eltern-Kind-Zentren sowie Initiativen aufgesucht worden, um die Bedarfe der unter Dreijährigen im Austausch mit den Eltern einzuholen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 218/2023 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / th

Verteiler:

- I. OB-KB
zur Weiterbehandlung
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. L/OB
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Referat SOS
Amt für Sport und Bewegung (2)
 6. Referat JB
Jugendamt (2)
 7. *Referat SI*
Gesundheitsamt
SI-IP
SI-BB
 8. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 9. Referat T
Hochbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
 10. BVinnen Mitte, Nord, Ost,
BV Süd, West
 11. *BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö, Mühl, Mün,*
Ob, P-B, Si, Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 12. GPR (2)
 13. Amt für Revision
 14. L/OB-K
 15. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand